

Republikanismus einst und heute

von Thomas Maissen

Stimadas damas e preziads signurs, chars convischins

Per mai n'è quai betg mo ina gronda onur, mabain er in plaschair d'astgar discurrer davant questa societad naziunala. Saluto i delegati che rappesantano un popolo con quattro lingue differenti e due grandi confessioni che per secoli si affrontavano ostilmente. Et pourtant, ce peuple a adopté le concept de la nation moderne, une nation qui est unie et qui est une, dans la volonté politique d'agir comme souverain démocratique. Quels peuvent, quels doivent être les fondaments de cette unité politique qui est indispensable afin qu'on puisse parler d'une nation?

Wenn ich hier über «Republikanismus einst und heute» reden darf, dann mache ich das wohl als Historiker, aber mit solchen gegenwartsbezogenen Grundfragen im Kopf: Auf welchen Grundlagen beruht die Schweiz, muss sie beruhen? Das Wort «Republikanismus» taucht im Jahrhundert der Aufklärung erstmals auf, ist also den Gründern der Helvetischen Gesellschaft 1762 wohl bekannt gewesen. Es ist aber in seiner politischen und wissenschaftlichen Verwendung seither vieldeutig geblieben und jedenfalls kaum als Ideologie zu fassen; nicht einmal die konstitutionelle Koppelung an eine republikanische, freistaatliche Verfassung ist zwingend. Deswegen ist auch die französische Übersetzung meines Titels: «esprit républicain» fast schon zu präzise auf eine Werthaltung gemünzt. Man könnte auch hier von «républicanisme» sprechen.

In der heutigen Forschung versteht man Republikanismus zumeist wenn nicht als Gegensatz, so doch in einem Spannungsverhältnis zum Liberalismus. Die liberale Sprache ist diejenige des Naturrechts: Die naturgegebene Freiheit des Individuums wird durch die staatliche Verfassung und Rechtssphäre geschützt. Die Verfassungsform ist sekundär, solange der Rechtsstaat etwa durch die Gewaltenteilung garantiert ist; eine Monarchie wie in Großbritannien ist also für Liberale völlig unproblematisch. Im Rahmen dieses politischen Regelwerks darf der Bürger, die Bürgerin – denn sie ist *qua* Mensch gleichgestellt – unbehindert persönliche soziale und wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Dagegen versteht der klassische Republikanismus politische Partizipation als Grundbedürfnis des Menschen. Im Sinn des aristoteli-

schen *Zoon politikon* kann er sein eigentliches Wesen nur als aktiver Bürger vollumfänglich entfalten. Ein aktiver Bürger zu sein hat als Voraussetzung, dass der Mann Familienoberhaupt ist, Ernährer und Beschützer, idealerweise der waffentragende, autonome und autarke Landbesitzer. Bürgersein drückt sich historisch durch die aktive Teilhabe an der Herrschaft aus, was auch bedeutet, dass andere davon ausgeschlossen sind, also beherrscht werden: Sklaven, Untertanen, Frauen, heute die Ausländer. Die politische Gemeinschaft gründet für den Republikaner nicht in einer äußeren, staatlichen Ordnung, sondern auf einheitlichen, verbindlichen Werten, nicht zuletzt der Religion. Diese Werte bringen die Bürgertugend des Einzelnen hervor, sie halten ihn dazu an, seine Pflicht zugunsten des Gemeinwohls zu erfüllen, dem er seine individuellen Interessen unterordnen soll.

Daher kommt die große Bedeutung der «*vertu politique*» bei den Denkern und politischen Akteuren des 18. Jahrhunderts, bei Montesquieu und Rousseau, Thomas Jefferson oder Robespierre. Es gibt hier durchaus einen Bezug zur republikanischen, freistaatlichen Verfassung. Nach diesen Denkern ist in der Monarchie der Wille des absoluten Königs Gesetz. Ihm muss man bedingungslos gehorchen. Wenn nun aber nicht einer, sondern viele herrschen dürfen: Wie kann man verhindern, dass nicht jeder macht, was er will? Dass also wegen der Vielfalt von Einzelwillen Anarchie ausbricht? Die logische Antwort lautet: Wenn man sich nicht als Untertan dem König unterwirft, dann muss man sich als freier Bürger der Vernunft unterwerfen, die Gesetz wird. Was aber braucht es, damit die Menschen nicht kurzfristig und leidenschaftlich ihre eigenen Interessen verfolgen, sondern vernunftgeleitet das Gemeinwohl anstreben, das langfristig auch ihnen nützt? Es braucht politische Tugend: also die Bereitschaft, freiwillig die vernunftmäßig erkannte Pflicht zu tun – und nicht deshalb, weil sie einem auferlegt wird.

Wie der Hinweis auf Aristoteles zeigt, hatten solche Überlegungen Wurzeln, die weit zurückreichten: in die griechische und römische Antike, in die italienische Renaissance etwa zu Machiavelli, in die englischen Debatten der Cromwell-Ära. Doch im 18. Jahrhundert wurden sie neu aktuell als Reaktion auf die Ausbildung moderner Strukturen. Selbstgenügsame Agrargesellschaften veränderten sich durch Mehrproduktion und durch die Heimarbeit etwa in der frühen Textil- und Uhrenindustrie. Immer mehr Menschen wurden so in überregionale Marktbeziehungen eingebunden. Stehende Heere mit Berufstruppen, oft Söldnern, lösten die früher nur vorübergehend

ausgehobenen Milizen ab. Auch Politik und Verwaltung wurden zusehends professionalisiert und in die moderne Staatenwelt integriert, etwa durch die Diplomatie. Die Familie, die Gemeinde und ihre Kirche waren nicht mehr der exklusive Bezugspunkt für immer breitere Bevölkerungsgruppen.

Damit stellte sich die Frage: Was konnten Gemeinsamkeiten schaffen in diesen immer häufigeren Kontakten unter Menschen, die sich nicht kannten, weil sie nicht miteinander aufgewachsen und zur Kirche gegangen waren – und so eine gleichsam natürliche Gemeinschaft ausgebildet hatten? Anders gefragt: Auf welchen Grundlagen beruhte das Zusammenleben in einer zunehmend arbeitsteiligen Gesellschaft in immer größeren Territorialstaaten? Wie können Sie Ihre wirtschaftlichen Erzeugnisse über Dutzende oder Hunderte von Kilometern hinweg vermarkten, wenn Sie nicht wissen, dass Ihre Geschäftspartner Sie nicht betrügen werden? Wie aber können Sie darauf vertrauen, wenn Sie diese nie persönlich gesehen haben; erst recht wenn sie einen anderen Glauben haben? Ihre Eltern und vor allem Ihr Pfarrer haben Sie von Kind an gelehrt, dass die Andersgläubigen nicht nur in der Hölle schmoren werden, sondern dass diese Ketzer auch in aller Seelenruhe zu allen möglichen Verbrechen fähig sind. Wenn der eine wahre Gott die eine richtige Moral lehrt; wenn der Falschgläubige nicht an den einen wahren Gott glaubt; dann muss er auch ein unmoralisches Wesen sein. Politische Gemeinschaft als Gemeinschaft von Werten war also im 18. Jahrhundert noch weithin gleichbedeutend mit der religiösen Gemeinschaft.

Das war gewissermaßen die Ausgangssituation, als Ihre Vorgänger 1762 die Helvetische Gesellschaft gründeten. Aufklärungsgesellschaften gab es viele, seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert: zuerst in Zürich, in Bern, in Basel, aber dann auch in Landstädten wie Aarau und Yverdon oder in katholischen Städten wie Luzern. Das war nicht anders als in den großen europäischen Zentren wie Paris, London, Berlin, aber auch in vielen kleineren Städten. Singulär war und blieb aber, dass die Helvetische Gesellschaft eine Sozietät auf nationaler Ebene war. Oder vielmehr eine Gesellschaft, die durch ihr Wirken eine Nation erst schaffen wollte. Nicht nur als Obwaldner, als Freiburger oder als Glarner sollten sich die Eidgenossen empfinden, in einer ungeliebten Zwangsgemeinschaft mit Glaubensfeinden, sondern als helvetische Brüder mit geteilter Vergangenheit und gemeinsamer Zukunft, ungeachtet der konfessionellen Differenzen. Wichtig war, im Zeichen des Helvetismus, auch der Einbezug der Welschen, die ja nicht gleichwertige Mitglieder der Eidgenossenschaft waren.

Aber im Zeitalter von Rousseau und Voltaire schlug die Helvetische Gesellschaft damit Brücken, die letztlich den Weg wiesen zur Aufwertung etwa der Waadt 1798 und zur Aufnahme des Wallis, von Genf und Neuenburg als vollwertige Kantone im Jahr 1815.

Es ging nicht etwa darum, Religion und Kirche abzuwerten. Die schweizerischen Aufklärer waren fromme Christen. Aber sie waren nicht Konfessionalisten. Sie traten für religiöse Toleranz ein. In der Helvetischen Gesellschaft kam nicht nur eine erhebliche Zahl Katholiken vor allem aus Luzern und Solothurn mit den reformierten Eidgenossen zusammen. Auf beiden Seiten befanden sich auch viele Pfarrer und andere Geistliche. Und nach den Anfangsjahren in Schinznach traf sich die Helvetische Gesellschaft von 1780 bis 1789 im katholischen Olten. Ein rationales Christentum wurde als Teil eines Erziehungsprogramms verstanden, das aus der schweizerischen Jugend moralisch untadelige und in ihrem Urteil selbständige Bürger machen sollte. Nicht die edle oder niedere Herkunft, sondern eine breite, aufgeklärte Bildung sollte für Führungsaufgaben in Staat und Gesellschaft Voraussetzung sein.

Aber noch wichtiger war, dass die trennenden, ja verfeindeten Konfessionen gleichsam überwölbt wurden durch die geteilte Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit, die vor der fatalen Glaubensspaltung lag. Die provisorischen Statuten der Helvetischen Gesellschaft von 1762 begannen mit dem programmatischen Satz. «Die Geschichtskunde wird billig als eines der vornehmsten Mittel angesehen, die Tugend der Bürger und die Glückseligkeit des Staates zu befördern.» Patriotismus bestand also darin, «die Gesetze und die Staatsveränderungen der Eidgenossenschaft sowohl als die Sitten und die Gelehrsamkeit ihrer Bürger in den verschiedenen Zeitalter der Republic ... in ein wahres Gesicht zu setzen». Solches hört der Historiker natürlich besonders gern. Allerdings zelebrierte die Helvetische Gesellschaft schon bald weniger die Geschichtsforschung als den Kult der eidgenössischen Schwüre und Bünde. Die Mitglieder sangen Lavaters *Schweizer Lieder*, Alexander Trippel fertigte eine Tellstatuette als Trinkpokal. An der Jahresversammlung von 1783 regte er sogar an, auf dem Rütli ein Denkmal aus dreizehn Steinquadern mit den Kantonswappen aufzustellen, überhöht von einer Stange mit dem Freiheitshut. Die Idee wurde nicht verwirklicht. Doch Trippels Pokal wurde bei den jeweiligen Treffen so reichlich mit Wein gefüllt, dass die etwas spöttische Charakterisierung der Sozietät als «Patriotenkilbe» (Johann Jakob Huber) überliefert ist. Vielleicht tut man der Sozietät nicht Unrecht, wenn man sagt, dass

das Gesellschaftliche, mit dem Weingenuss, immer wichtiger wurde, je deutlicher sich zeigte, dass die politischen Gestaltungsspielräume sehr beschränkt blieben. Der Kult der vorbildlichen, einfachen und freien Vorfahren konnte Quelle der Inspiration sein. Er war aber auch ein Mittel, um zu verdrängen, dass die Aufklärer ihre Ideale nicht verwirklichen konnten.

Gerade in ihrer verkärten mittelalterlichen Begründung waren diese Ideale aber auch nicht sehr zeitgemäß. Die Rhetorik kreiste um selbständige und freie Hirten in den Alpen; nicht um Spinnerinnen in untätigen ländlichen Gewerberegionen. Zwar waren Gattinnen und Töchter als Gäste zugelassen; aber sie wurden nicht Mitglieder. Ohne anachronistisch und unangemessen von Diskriminierung zu reden: Die Helvetische Gesellschaft blieb das Werk eines elitären Männerkreises, von Männern, die aus den guten Familien stammten.

Ebenfalls auffällig ist die Tatsache, dass die Vertreter der Urkantone in der Helvetischen Gesellschaft sich an einer Hand abzählen ließen. Die wahren Nachfolger der mittelalterlichen Bundesgenossen waren also an deren Aufwertung zu nationalen Helden nicht interessiert. Die Eidgenossenschaft war für sie ein Verteidigungsbündnis von souveränen Kleinstaaten; mehr nicht. Wozu sollten sie sich mit Zürich und Bern enger zusammenschließen, die nicht nur protestantisch waren, sondern vor allem auch an Bevölkerung und materiellen Ressourcen weit überlegen? Welches Interesse hatten sie an Gleichheit und Freiheit der Untertanen in ihren eigenen Territorien, vor allem aber in den Gemeinen Herrschaften? Anders als die reichen Textilunternehmer der Mittellandstädte konnten die Innerschweizer Eliten nicht vom Export neuartiger Waren leben, sondern waren auf die Ämter und die Ausnützung der untätigen Gebiete angewiesen.

Erinnerungspolitisch haben langfristig die Innerschweizer, die abseits standen, gewonnen; und nicht die Aufklärer der Helvetischen Gesellschaft. Sie wurden mit der zentralistischen Helvetischen Republik von 1798 assoziiert und darüber hinaus mit der «Franzosenzeit». Das war insofern berechtigt, als die Liste derjenigen Sozietätsmitglieder lang ist, die hier in Aarau die Helvetische Republik begründeten und in ihr führende Funktionen übernahmen: Peter Ochs, Alfred Rengger, Vinzenz Rüttimann, Alfons Pfyffer von Heidegg, Lukas Legrand, Johann Gaudenz von Salis Seewis, Paul Usteri usw. Trippels Tellstatue wurde zu einem offiziellen Symbol der Helvetischen Republik. Doch im nationalen Gedächtnis verankerte sich nicht *dieser* Widerstand gegen die feudale Ständeordnung und die rechtliche Ungleichheit unter Eidgenossen, sondern der aussichtslose

Widerstand der Nidwaldner gegen die französischen Besatzungssoldaten, die «Schreckenstage von Stans» mit rund 400 Opfern, auch Frauen und Kinder, die für ihren katholischen Glauben das Leben ließen.

Die Erfahrungen der Helvetischen Republik haben entscheidend dazu beigetragen, dass viele Schweizer mit großer Skepsis reagieren, wenn universelle Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit postuliert werden. Wir sehen Rechte, den Rechtsstaat oder die Demokratie als tendenziell exklusive historische Errungenschaften der Schweiz; und nicht als globale Ziele für die Menschheit. Insofern ist die Schweiz noch sehr stark durch einen nationalen, patriotischen Republikanismus geprägt, der in der Aufklärung entstand; man könnte an den Zürcher Johann Jakob Bodmer denken, der nicht zuletzt ein Anhänger Rousseaus war. Ihr Ideal war ein demokratischer Absolutismus der Vollbürger in kleinen Gemeinschaften. Das war aber nicht das einzige Erbe der Helvetischen Gesellschaft. Der Basler Isak Iselin, einer ihrer Gründerväter, verstand unter wahren Patriotismus die Menschenliebe von Weltbürgern.

Was kann, angesichts dieses ambivalenten Erbes, Republikanismus heute bedeuten? Betrachten wir das Kernargument: Vollwertiges Menschsein geschieht als Bürger mit politischer Teilhabe, also tendenziell demokratisch. Die fehlende Disziplinierung durch einen Monarchen wird durch tugendhafte Selbstdisziplinierung ersetzt, und diese erfolgt im Rahmen eines Wertekanons, der die vorpolitische, ja metaphysische Basis der politischen Gemeinschaft darstellt.

Tugend und Pflichterfüllung haben in der politischen Theorie der letzten 200 Jahre ihre Bedeutung verloren, nicht nur wegen der Verbrechen, die in ihrem Namen von der Terreur der Französischen Revolution bis zu den Normensystemen von Faschismus und Kommunismus begangen wurden. Im Sinne des Liberalismus haben wir uns gleichsam auf eine welthistorische Wette eingelassen: dass die individualistische Verwirklichung persönlicher und damit kurzfristiger Ziele die beste Möglichkeit ist, um zugleich langfristig das Gemeinwohl zu sichern. Die berühmte Bienenfabel von Bernard Mandeville fasste das zusammen als «private vices, public benefits». Ob die Rechnung aufgeht, wird das Weltengericht weisen.

Auf jeden Fall wollen wir, falls Moritz Leuenberger uns nicht eines Besseren belehrt, unsere modernen demokratischen Republiken nicht von der Tugend und Selbstlosigkeit der Politiker abhängig machen. Das ist auch gut so, nicht nur für die Politiker, die ja nicht

alle tugendhaft sind. Sie müssen sich nicht selbst zähmen, sondern werden in einem institutionellen Rahmen von mehreren, geteilten Gewalten und *checks and balances* einigermaßen unter Kontrolle gehalten.

Ebenso wenig mögen wir ein souveränes Volk auf gemeinsame Werte verpflichtet im Sinne einer geteilten Ideologie oder Religion. Doch gerade deshalb stellt sich die Frage, auf welcher Basis das Zusammenleben, die notwendigen Loyalitäten und Solidaritäten innerhalb eines Gemeinwesens, in der *Res publica*, beruhen sollen. Die Leistung der Helvetischen Gesellschaft im 18. Jahrhundert bestand darin, über den Rückgriff auf eine angeblich geteilte Geschichte aus Kantonsbürgern, oder wenigstens aus einer geistigen Elite unter ihnen, Schweizer zu machen. Das war eine große Herausforderung. Erinnern Sie sich, dass diese neue, schweizerische Gemeinschaft Falschgläubige umfasste, die des Teufels waren; und Untertanen, die in den Augen der Regierenden dumm, ungebildet und zur politischen Mitsprache unfähig waren.

Die Begründung von Zusammengehörigkeit in geteilten Überzeugungen und gemeinsamen Erinnerungen ist auch die Aufgabe eines modernen Republikanismus. Auch diese Aufgabe ist sehr anspruchsvoll. Ich habe versucht, Sie in den vier Landessprachen zu begrüßen. Aber was bilden diese ab? Viel weniger Einwohner der Schweiz sprechen Rätoromanisch als Serbokroatisch, Albanisch, Portugiesisch, Spanisch, Englisch oder Türkisch. Der Trumpf der Rätoromanen ist nicht ihre Zahl, sondern ihre Geschichte, das Territorialprinzip in Verbindung mit der Gemeindeautonomie. Es gibt hierzulande seit Menschengedenken politische Gemeinden, in denen Rätoromanen leben und reden; und das gilt nicht für die Albaner oder Türken. Einen ähnlichen historischen Vorteil haben die bezeichnenderweise so genannten «Landeskirchen», die ja eigentlich Kantonskirchen sind. Außerhalb von ihnen gibt es die vielen Ausgetretenen, es gibt Juden und Muslime, es gibt das ganze Spektrum von Adventisten über Jehovas Zeugen zu den Hinduisten. Was kann diese Vielfalt zusammenhalten auch in Zeiten der Krise? Also selbst dann, wenn die bisherige ökonomische Rechnung nicht mehr so offensichtlich ist: Ich zahle Sozialabgaben für die vielen Menschen, die ich nicht kenne und die mir auch in ihrer Sprache und in ihren Überzeugungen fremd sind; denn ich weiß, dass sie das ebenfalls tun und dass mir das via Sozialstaat wiederum zugute kommt.

Eine Neue Helvetische Gesellschaft, die auf das real existierende und das zukünftige Helvetien hindenkt, muss also nicht nur an den Zu-

sammenhalt der Sprachregionen denken, sondern auch an den Einbezug der neuen Einwanderungsgruppen. Und dies nicht im Sinn, dass diese am althergebrachten Schweizer Wesen zu genesen haben, also bloß Hilfe bei der Assimilation benötigen. Das ist illusorisch. Die schweizerische Migrationsgesellschaft verändert sich in einem täglichen Geben und Nehmen. Das ist ein Bereich, den die Neue Helvetische Gesellschaft als ein Partner mit anderen Vereinen begleiten kann, nicht zuletzt solchen von Zuwanderergemeinschaften. Um das mit dem zweiten Namen des Vereins zu sagen: *Rencontres Suisses, pas comme rencontres seulement parmi des citoyens suisses, mais entre tous ceux qui habitent en Suisse*. Das ist ein konfliktträchtiges Feld. Es müssen Grenzen gezogen, aber auch Kompromisse gefunden werden; zum Beispiel im Hinblick auf das kommunale Wahlrecht. Billige Lösungen werden zwar gern angeboten, aber sie sind unrealistisch. Für komplizierte Lösungen ist es wichtig, dass das Gespräch über das zukünftige Helvetien möglichst von allen gemeinsam geführt wird, die daran Teil haben werden.

Die andere *Res publica*, in der die Helvetier immer mehr zuhause sind, ob sie wollen oder nicht, ist das ungeliebte Europa und die bedrohliche Welt. Viele denken, man brauche bloß regelmäßig den Sonderfall Schweiz zu beschwören und könne so diesen Herausforderungen dauerhaft entkommen. Natürlich hat die Schweiz, wie jedes andere Land, konstitutionelle und historische Besonderheiten, die wir nicht müde werden aufzuzählen: Gemeindeautonomie, Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität. Aber es ist illusorisch, sich mit und dank diesen Traditionen aus einer Welt zurückziehen zu wollen, von der wir in vielerlei Hinsicht profitieren. Ein solcher Rückzug ist nur nach nordkoreanischem Muster möglich. Von einem ökonomischen Mitspieler würde man zu einem Empfänger von Sozialhilfe und zu einem psychiatrischem Pflegefall. In gewisser Hinsicht sahen das die Aufklärer vom Schlage Rousseaus schon richtig: Reinheit, Einfachheit und Autarkie sind nur um den Preis der Armut zu haben. Wer wohlhabend ist, verdankt dies millionenfacher Arbeitsteilung in einer Weltwirtschaft. Wer in einer Weltwirtschaft wohlhabend geworden ist, muss seinen Wohlstand teilen, z.B. über Solidaritätsleistungen und Immigration. Das haben bereits unsere Vorfahren in den letzten zwei Jahrhunderten getan: auf nationaler Ebene. Das schöne Land wurde erschlossen und verbaut, Völkerwanderungen zogen von armen Alpentälern in unhygienische Stadtviertel und in jämmerliche Mietkasernen, von wo sie später wieder hinaus in die immer weniger grüne Agglomeration führen.

Wer in der Weltwirtschaft wohlhabend bleiben will, muss sich an die Regelwerke halten, die international entwickelt – und manchmal auch oktroyiert werden. Gegen solchen äußeren Zwang hilft nicht der verzweifelte Appell an die nationale Ehre. Es hilft auch nicht die Selbstgerechtigkeit derer, die überzeugt sind, dass sich die anderen, da unterlegen, anzupassen haben. Es hilft nur die Zusammenarbeit für internationale Lösungen, eine Zusammenarbeit gerade auch der vielen kleineren Staaten. Wer sich lange dem Wandel der Dinge verweigert, wird immer wieder in Überschätzung sowohl der eigenen Kraft *als auch* der fremden Bedrohung seine Stanser Schreckenstage erleben: Das lehren UBS und Bank Wegelin, das zeigt der Streit um Anflugschneisen, die über dem Territorium eines souveränen Nachbarlands liegen.

Wir reden von bedauernswerten «Fehlern», wo unsere Partner in dieser Welt klagen, dass Schweizer Gesetze brechen, die andere, ebenfalls freie und demokratische Nationen rechtmäßig beschlossen haben. Ein Kollege, der deutsche Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann, musste seine wissenschaftliche Karriere in St. Gallen begraben, weil er genau das tat, was in einer offenen Gesellschaft Sache der Wissenschaft ist: kritisch mit- und nachzudenken. Er meint, in der Schweiz fehle das Bewusstsein, dass der Schutz von ausländischen Steuerhinterziehern unrecht ist – also von Schwarzfahrern, die in einem Land Leistungen beziehen, ohne dafür das zu bezahlen, was demokratisch legitimierte Regierungen in Rechnung stellen. Das fehlende Unrechtsbewusstsein der Schweizer gipfelte darin, dass sie Thielemann nur schon für die Erinnerung daran zur *persona non grata* erklärten. Im Gedenken daran, wie die Aufklärer einst von ihren Kantonsregierungen angefeindet wurden, könnte nicht nur ein Vorstandsmitglied, sondern auch die Neue Helvetische Gesellschaft selbst in solchen Situationen die Stimme erheben – nicht für ein bestimmtes politisches oder wissenschaftliches Argument, aber für eine sachliche Prüfung der Argumente und gegen die chauvinistische Ausgrenzung von Kritikern.

Es kann für unser Land gewiss nicht darum gehen, sich bedingungslos den rechtlichen und kulturellen Normen anderer Staaten zu unterwerfen. Doch wenn wir diese nicht vorurteilslos ernst nehmen, wenn wir uns hinter überschätzten Bollwerken wie «Souveränität» und «Neutralität» verschanzen, dann landen wir weder auf einer Insel der Seligen noch in einer splendiden Isolation, sondern in dem, was heute euphemistisch «autonomer Nachvollzug» heißt; oder immer öfter auch «Diktat des Auslands». Nur derjenige, der

seine Spielräume nicht richtig einschätzt, und nur derjenige, der die Gebote der Zeit nicht erkennen will, muss seine verspätete Reaktion als Kapitulation dramatisieren.

Republikanischer Patriotismus im 21. Jahrhundert dürfte also eher den weltbürgerlichen Spuren Isaak Iselins als den nationaldemokratischen von Johann Jacob Bodmer folgen. Gesucht werden Gemeinsamkeiten und Regeln auf derjenigen Ebene, auf welcher Austausch und Integration, aber auch Partizipation tatsächlich stattfinden: also global. Das ist kein Gebot von Menschenliebe oder Idealismus, sondern, wie schon im 18. Jahrhundert, das Ergebnis einer beschleunigten Vernetzung von Menschen über ihre bisherigen, vertrauten Lebenswelten hinaus. Diese Vernetzung erfolgt friedlich, und das ist alles andere als selbstverständlich. Aber sie geht immer wieder mit der schmerzhaften Erfahrung einher, dass Vertrautes verloren geht. Diesen Prozess gleichsam therapeutisch und kritisch zu begleiten ist die Aufgabe von aktiven Bürgern; und damit ein Auftrag für die Neue Helvetische Gesellschaft im 21. Jahrhundert.

«Die Wiedereinpflanzung erstorbener Tugenden»

von Moritz Leuenberger

An ihrer ersten Tagung vor 250 Jahren ehrte die Helvetische Gesellschaft ihren geistigen Vater Franz Urs von Balthasar. Ausschlaggebend war seine Schrift

*«Patriotische Träume eines Eidgenossen –
von einem Mittel, die veraltete Eidgenossenschaft wieder
zu verjüngen».*

In dieser postulierte er eine Pflanzschule, wo die Wiedereinpflanzung erstorbener Tugenden, insbesondere Postulate der Aufklärung, gepflegt werden sollten.

Erster Gedanke dazu: Geht das: Ein veraltetes System ausgerechnet mit vergangenen Werten verjüngen zu wollen?

Ist es nicht Nostalgie, nicht ein wehmütiges Zurückblicken, ein Absingen des alten Reimes: «Früher ist alles besser gewesen, sogar die Zukunft.»?

Solchem Denken sind wir alt BR, alt NR, alt SRinnen, alt RR, alt Bundesrichter, die wir hier recht zahlreich vertreten sind, besonders ausgesetzt – und versammelt haben wir uns zudem in einer alt Kantonschule.

Revolutionen und Reformationen stützen sich im Grunde meist auf alte Werte, die wieder erweckt werden in Zeiten, in denen ursprüngliche Ideale verkrustet, pervertiert, den Eigeninteressen etablierter Herrschaften gewichen sind.

- Das zeigt die Geschichte der Reformation, wo wahre christliche Werte gegenüber Machtmissbräuchen proklamiert wurden,
- das zeigen Bewegungen wie die Charta 77, wo gegenüber den kommunistischen Regimes der Kerngehalt sozialistischer Werte am real existierenden Sozialismus gemessen wurde,
- oder der Slogan der Wende «Wir sind das Volk», welcher den Ausdruck deutsche «demokratische» Republik Lügen strafte.

Die Voraussetzungen für eine friedliche Gesellschaft, Grundwerte wie Vertrauen und Mitgefühl, sind seit Jahrtausenden dieselben. Doch kaum haben sie in einer neuen Ordnung ihre Geltung erlangt, werden sie für neue Partikulärinteressen missbraucht.